



Die Politik der polnischen Exilregierung gegenüber den Juden von 1939 bis 1945.

Stanisław Żerko

Kein anderer Mitgliedsstaat der Anti-Nazi-Allianz hat mehr für den Schutz verfolgter Juden getan als Polen, seine Regierung, sein diplomatisches Korps und seine konsularischen Dienste, die der polnischen Exilregierung unterstellt waren. Dank der engagierten Bemühungen des in Warschau ansässigen „Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten“ wurde ein umfangreicher Band mit über tausend Seiten und 554 Dokumenten über solche Aktivitäten veröffentlicht (herausgegeben von Piotr Długotęcki), der im Zentrum dieser Besprechung stehen soll.

Polski Instytut Spraw Międzynarodowych

Confronting the Holocaust

Documents
on the Polish Government-in-Exile's Policy
Concerning Jews 1939–1945

Redaktion:

David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Die "Kommentare" geben nur die Meinung ihres Verfassers und nicht des Instituts wieder.

Instytut Zachodni
im. Z. Wojciechowskiego

ul. Mostowa 27A
61-854 Poznań

(+48) 61 85 27 691

izpozpl@iz.poznan.pl

www.iz.poznan.pl

Hunderte weiterer Dokumente wurden vollständig abgedruckt oder teilweise in Fußnoten zitiert. Diese Dokumente, die durch umfangreiche Recherchen in elf polnischen und ausländischen Archiven gefunden wurden, sind bisher unveröffentlicht gewesen.

Das in diesem Band enthaltene Material bezieht sich auf das gesamte Spektrum der Aktivitäten der polnischen Regierung, das von Informations- und Propagandakampagnen bis hin zu Hilfsaktionen reicht. Die Dokumente belegen eindeutig, dass die polnische Regierung, ihr diplomatisches Korps und ihre konsularischen Dienste von allen beteiligten Ländern die aktivste Hilfe für die Juden

leisteten. Dieses Engagement resultierte zum Teil aus der Tatsache, dass Polen mit über drei Millionen Menschen die größte jüdische Gemeinde Europas beherbergte (die zweitgrößte nach der Sowjetunion).

Die polnischen Behörden fühlten sich verpflichtet, diesen Bürgern zu helfen, was sie in hervorragender Weise taten. Es ist wichtig, dass die polnische Regierung in dieser Angelegenheit nicht von Berichten über eine antipolnische Stimmung unter einem bedeutenden Teil der jüdischen Bevölkerung beeinflusst wurde, die in den von der Roten Armee nach dem 17. September 1939 besetzten Gebieten lebte, welche anschließend in die UdSSR eingegliedert wurden. Darüber hinaus erhielt die polnische Exilregierung bereits in den ersten Wochen des Krieges Berichte über die zunehmende Verfolgung von Juden durch die deutschen Besatzer. Im Februar 1940 veröffentlichte Jan Karski, der später berühmt werden sollte, seinen ersten Bericht über die Lage der Juden im besetzten Polen, nachdem er Polen in Richtung Frankreich verlassen hatte. Das Dokument enthält ergreifende Beobachtungen über die Feindseligkeit eines großen Teils der polnischen Gesellschaft gegenüber den Juden.

Von Beginn des Krieges an behinderten zahlreiche Länder die Aufnahme von Juden aus Polen und anderen Ländern. Schon vor 1939 zögerten die westlichen Staaten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen; eine Haltung, die sie nach Kriegsausbruch, als die Frage der jüdischen Flüchtlinge aus Polen aufkam, nicht wesentlich änderten. Es ist erwähnenswert, dass es im ersten Kriegsjahr für Juden noch möglich, wenn auch nicht ganz einfach war, die vom Reich besetzten Gebiete zu verlassen.

Polnische Einrichtungen kümmerten sich aktiv um polnische Flüchtlinge jüdischer Herkunft. Dies galt insbesondere für die polnischen Außenstellen in Budapest und Bukarest, bevor sie aufgrund des Abbruchs der polnisch-ungarischen und polnisch-rumänischen diplomatischen Beziehungen geschlossen wurden. Die polnische Botschaft und die Konsulate in Italien waren weiterhin sehr aktiv. Die polnischen Vertretungen in einigen außereuropäischen Ländern bemühten sich ebenfalls um sichere Zufluchtsorte für jüdische Flüchtlinge. Das polnische Außenministerium führte schwierige Verhandlungen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs, um diese Flüchtlinge in britischen Gebieten unterzubringen, was gelegentlich zum Erfolg führte.

Der deutsche Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 leitete eine tragische Massenvernichtung der europäischen Juden ein. Die polnische Regierung sammelte eifrig Aufzeichnungen über diese Gräueltaten, die auf Berichten aus den besetzten Gebieten und den polnischen Auslandsvertretungen beruhten. Vor allem die polnischen diplomatischen und konsularischen Dienste berichteten über die Verfolgung von Juden auch in Ländern, zu denen die offiziellen Beziehungen zur Exilregierung abgebrochen waren (wie Rumänien und Bulgarien, was durch das Generalkonsulat in Istanbul erleichtert wurde). Darüber hinaus lieferten jüdische Politiker, darunter auch Aktivisten der Linkspartei „Bund“, wertvolle Einblicke in die Notlage der Juden im besetzten Polen.



Als Reaktion auf die nationalsozialistischen Verbrechen startete die polnische Regierung eine umfassende Informationskampagne und rief öffentlich dazu auf, dem Völkermord ein Ende zu setzen und die Täter zu bestrafen. Der Ministerpräsident und Oberbefehlshaber, General Władysław Sikorski, ging in seinen Reden auf dieses Thema ein, begleitet von öffentlichen Erklärungen von Regierungsministern. Der Nationalrat, der im Exil als Äquivalent zum polnischen Parlament fungierte, verabschiedete einschlägige Entschlüsse, und die von den polnischen Informationszentren verbreiteten Bulletins schärften das Bewusstsein. Ab Herbst 1942 wurden offizielle polnische Berichte über die massenhafte Vernichtung der Juden in englischer Sprache veröffentlicht. Im Dezember 1942 sandte die Regierung der Republik Polen ein umfassendes Memorandum über die Judenvernichtung an die Außenminister der Unterzeichnerstaaten der Erklärung der Vereinten Nationen, dem im Januar 1943 ein weiteres folgte. Jan Karski spielte dabei eine zentrale Rolle, da er aus dem besetzten Polen in den Westen geflohen war, um den höchsten Stellen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, darunter auch Präsident Franklin D. Roosevelt, aus erster Hand zu berichten, unter welch erschütternden Umständen die Juden in Polen leben mussten. In einer Rundfunkansprache am 4. Mai 1943 sprach General Sikorski über den Aufstand im Warschauer Ghetto. Ende Mai verschickte die polnische Regierung ein Memorandum, in dem die Vernichtung der Juden im besetzten Polen beschrieben wurde.

Die polnische Gesandtschaft in Bern führte eine bedeutende Kampagne zur Beschaffung lateinamerikanischer Pässe für polnische Juden durch, während die polnische Regierung ernsthafte Anstrengungen unternahm, um jüdische Flüchtlinge in Frankreich vor der Deportation in die Vernichtungslager zu retten.

Die polnische Regierung setzte sich auch für Vergeltungsmaßnahmen ein, indem sie auf die Bombardierung der Zufahrtswege zu den Vernichtungslagern drängte, und bemühte sich um eine Ankündigung der bevorstehenden Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher. Während des gesamten Krieges leistete die polnische Exilregierung Hilfe für jüdische Flüchtlinge.

Insgesamt werfen diese Aktionen ein neues Licht auf die komplexe Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs.

Confronting the Holocaust. Documents on the Policy Towards Jews of the Polish Government-in-Exile from 1939 to 1945, ed. Piotr Długociński, Warsaw 2022, XC + 1121 pages.